

Kantonsschulen: Hürzeler will an zwei Orten bauen

Der Regierungsrat präsentiert den Vorschlag für den Ausbau der Kantonsschulen im Mittelland. Es sollen zwei statt nur eine werden – Neubauten sind in Lenzburg und Windisch geplant. Nötig ist das, weil die Schülerzahlen bis 2050 stärker steigen als angenommen.

Eva Berger

Seit dem Jahr 1802 besuchen Schülerinnen und Schüler in Aarau die (Alte) Kanti, seit 1843 jene in Wettingen. Über 100 Jahre später, in den 1960er- und 1970er-Jahren, kamen die Kantonsschulen in Baden und Zofingen sowie die Neue Kanti Aarau hinzu. Am jüngsten ist die Kanti Wohlen, sie wurde 1988 gegründet. Es war der letzte grosse Ausbauschritt bei den Aargauer Kantonsschulen.

Inzwischen hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler weiter zugenommen, die sechs Aargauer Kanti plätzen aus allen Nähten. Durchschnittlich sind sie zu 112 Prozent ausgelastet. Lediglich Zofingen hätte noch ein bisschen Platz, der wird allerdings demnächst für die Fachmittelschule gebraucht. Rund 5900 Personen besuchen derzeit ein Gymnasium im Aargau, bis mindestens zum Jahr 2050 steigt diese Zahl gemäss Prognosen weiter an.

Mit 9700 Aargauer Kantonsschülerinnen und -schülern rechnet das Bildungsdepartement ab dann. Provisorien können das nicht auffangen, der Grosse Rat hat deshalb schon im Jahr 2019 strategische Leitsätze für die «Entwicklungsstrategie 2045» und den Kapazitätsausbau der Kantonsschulen festgelegt. Bereits klar ist, dass das Fricktal in Stein eine Kantonsschule erhält. In Umsetzung sind die Erweiterungen der Schulen in Baden und Wettingen.

Neubauten in Windisch und Lenzburg

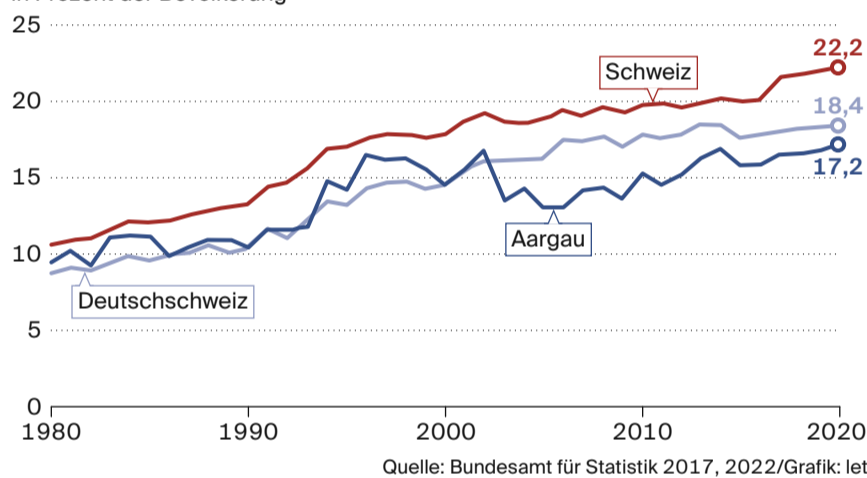
Gestern hat der Regierungsrat nun seinen Vorschlag für den letzten grossen Brocken präsentiert: den Standort für eine neue Kantonsschule im Aargauer Mittelland. Anders als in der Strategie vorgesehen, soll es statt einen gleich zwei Neubauten geben, und zwar in Windisch und in Lenzburg. Zudem sollen die Alte Kantonsschule Aarau und die Kantonsschule Wohlen ausgebaut werden. Gegenüber 2019 hat der Regierungsrat den Zeithorizont angepasst, dieser reicht nun bis 2050.

Man sei mit dieser Ausgangslage für die weitere Entwicklung sehr flexibel, sagte Bildungsdirektor Alex Hürzeler an einer Medienkonferenz zum Anhörungsstart. Wegen der verschiedenen Teilprojekte erlaube dieses Vorgehen jederzeit Korrekturen, etwa in der zeitlichen Staffelung oder beim Fassungsvermögen der einzelnen Schulen.

Der Regierungsrat stellt dennoch fünf Varianten für die Kapazitätsentwicklung im Mittelland zur Diskussion. Jene mit Neubauten in Lenzburg und Windisch, plus Ausbau in Aarau und

Entwicklung gymnasiale Maturitätsquote im Rückblick

in Prozent der Bevölkerung



Wohlen, favorisiere er aber klar. Es sei die sinnvollste Zusammensetzung der möglichen Neu- und Ausbauten, heisst es im Anhörungsbericht.

Pro Neubau sollen bis 44 Abteilungen hinzukommen, ab Schuljahr 2035/36 könnten die neuen Schulen in Betrieb genommen werden. Am schnellsten zu realisieren sei der Aus-

bau der Kantonsschule Wohlen, wie Kathrin Hunziker, die Leiterin der Abteilung Mittelschulen beim Kanton, vor den Medien ausführte. Der Ausbau in Aarau kann angegangen werden, sobald der dafür nötige Landabtausch zustande gekommen ist.

Der Aargau als typischer KMU-Kanton wolle zwar an einer starken Berufs-

bildung festhalten, sagte Alex Hürzeler. Bei den Kantonsschulen bestehe aber grosser Handlungsbedarf. Der Aargau gehört schweizweit zu den vier Kantonen mit dem stärksten Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler. Auch wegen des vermehrten Zuzugs von Akademikerfamilien steige die Maturitätsquote im Kanton stetig, sie werde

aber weiterhin unter dem Durchschnitt der Deutschschweizer Kantone liegen, sagte Hürzeler.

Dass so viele Kantonsschüler dazukommen, liegt indes auch daran, dass die Fricktalerinnen und Fricktaler, die heute in den beiden Basel die Kanti besuchen, dies bald nicht mehr tun können. Ab Sommer 2025 nimmt Baselland

Nachgefragt beim Bildungsdirektor zum Standortentscheid

Alex Hürzeler: «Es ist gut investiertes Geld»

Eva Berger

Der Regierungsrat schickt seinen Vorschlag für die Entwicklung der Kantonsschulen in die Anhörung. In Lenzburg und Windisch sollen neue Schulen entstehen, in Aarau und soll Wohlen ausgebaut werden. Bildungsdirektor Alex Hürzeler sagt, warum es zwei Neubauten braucht.

Seit 2019 ging man davon aus, dass entweder in Lenzburg oder in Windisch eine neue Kantonsschule gebaut wird, jetzt soll es beide geben. Handelt es sich hier um eine Kompromisslösung?

Alex Hürzeler: Nein, dass es beide Standorte braucht, ist eine Erkenntnis aufgrund der Fakten bezüglich der weiteren Entwicklung des Kantons. Alle Aargauer Schülerinnen und Schüler sollen im Kanton eine Kantons- oder Berufsfachschule besuchen können. Das entspricht der kantonalen Strategie. Heute wissen wir, dass wir bis 2050 für deutlich mehr Schülerinnen und Schüler planen müssen, als wir vor vier Jahren noch angenommen haben.

Eine neue Kantonsschule im Fricktal, zwei weitere im Mittelland sowie die Ausbauten in Wohlen und Aarau kommen jetzt gleichzeitig. Ist das sinnvoll?

Nach 50 Jahren Bevölkerungswachstum und nur rudimentär erfolgten Ausbauten an den Kantonsschulen ist es nötig, nun konkret zu werden. In den 1970er-Jahren waren wir in einer ähnlichen Situation. Damals hat der Kanton sehr viel in die Neubauten der Kantonsschulen investiert. Jetzt braucht es zusätzliche Schulen und bestehende Standorte werden ausgebaut. Nach 50 Jahren stehen wir uns nun also wieder vor einer solchen Investitionsphase. Aber es ist gut investiertes Geld für die Bildung im Kanton Aarau und für die Aargauer Jugend.

Gleichzeitig kommt aber aus der Politik die Forderung, die Berufslehre zu stärken – nicht zuletzt wegen des Fachkräftemangels. Kommt der Kanton dem nach?

Es ist nicht ein Gegeneinander, sondern ein Miteinander. Den Fachkräfte-

mangel gibt es schliesslich auch in akademischen Berufen. Die Berufsbildung wird ebenfalls mit vielen Mitteln und zusammen mit den Gewerbeverbänden und Berufsfachschulen weiter gestärkt. Auch die Volksschule hat

diesbezüglich einen Auftrag. Zudem: Wir gehen zwar von einer Erhöhung der gymnasialen Quote bis 2050 aus, aber selbst damit bleibt der Aargau ein Kanton mit unterdurchschnittlicher Maturitätsquote. Es braucht die Stärkung von beidem.

Fachkräftemangel gibt es vor allem auch bei den Lehrpersonen. Woher nimmt der Kanton noch genügend Lehrerinnen und Lehrer für drei neue Kantonsschulen?

Die Aargauer Bevölkerung wächst und damit auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler und der Fachkräfte. An den Kantonsschulen ist der Lehrpersonenmangel derzeit vergleichsweise klein und beschränkt sich auf gewisse Fächer. Der Fokus des Bildungsdepartements liegt diesbezüglich daher klar bei der Volksschule. Trotzdem werden wir in den nächsten 30 Jahren auf allen Schulstufen zusätzliches Fachpersonal gewinnen müssen. Da helfen gute Arbeitsbedingungen an attraktiven Standorten. Das gilt in den Gemeinden für die Volksschule wie auch im Kanton für die Kantonsschulen.

«Heute wissen wir, dass wir bis 2050 für deutlich mehr Schülerinnen und Schüler planen müssen, als wir vor vier Jahren angenommen haben.»

Medienkonferenz zu den Mittelschulstandorten: Bildungsdirektor Alex Hürzeler sagt, warum der Regierungsrat in Windisch und Lenzburg zwei Neubauten plant.
Bild: Mathias Förster



keine Aargauer Schülerinnen und Schüler mehr auf, ab 2029 folgt Basel-Stadt. Auch die umliegenden Kantone kämen eben an ihre Kapazitätsgrenzen in den Kantonsschulen, sagte Alex Hürzeler.

Mögliche Zusammenarbeiten habe man zwar geprüft. Eine konkrete Anfrage habe es etwa aus Zug gegeben für eine gemeinsame Kantonsschule in

Cham, was der Aargau aber abgelehnt habe. In Solothurn, Zürich und Luzern bestünden, wie in Basel auch, keine Kapazitäten, sagte Mittelschule-Leiterin Kathrin Hunziker.

Die Kosten für das nötige Land könne man bereits ziemlich konkret vorschlagen, sagte Alex Hürzeler. In Windisch würden dafür einmalig 20,15 Mil-

Die ersten Reaktionen sind positiv – das sagen die Parteien

Eva Berger

Der Regierungsrat schickt seinen Vorschlag zur Kapazitätserweiterung bei den Kantonsschulen in die Vernehmlassung (siehe Hauptartikel). Ab Montag können Parteien und Verbände ihre Eingaben zu den Plänen für zwei Standorte in Lenzburg und Windisch machen.

Man werde den Bericht detailliert studieren und dann konkret dazu Stellung nehmen, teilen am Donnerstag mehrere Parteien mit. Dass die Vernehmlassungsteilnehmer den Bericht wirklich lesen und möglichst konkrete Rückmeldungen geben, empfehle er, sagte Bildungsdirektor Alex Hürzeler an der Medienkonferenz zum Anhörungsstart.

SP: Aargau als Bildungskanton, Grüne: zuerst Windisch bauen

Die SP begrüsse grundsätzlich den Vorschlag des Regierungsrats, schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. «Wir müssen als Kanton in die Bildung investieren, damit wir als Wirtschafts- und Wohnkanton attraktiv bleiben und uns auch als Bildungskanton profilieren können», lässt sich Grossrätin Simona Brizzi zitieren. Dass der Regierungsrat

neu auch die Übertrittsquote berücksichtigt, wertet die SP positiv.

Solange sich das Verhältnis zwischen beruflicher Grundbildung und gymnasialer Bildung nur leicht verschiebe, beurteilten sie die Entwicklung zu höheren Maturitätsquoten als positiv, schreiben die Grünen. Sie mahnen aber: Es brauche bereits ab 2025 eine Übergangslösung, um die Auslastung der Mittelschulen im Mittelland abzufedern. «Wir erwarten vom Kanton, dass hier rasch Lösungsvorschläge präsentiert werden.» Die hohe Entwicklungsdynamik im Ostargau spreche aus Sicht der Grünen dafür, dass Windisch Lenzburg realisiert werde.

GLP: Reserven für Zukunft, Mitte: Kosten genau eruieren

Die Umsetzung mit zwei Standorten trage den Prognosen und Anforderungen Rechnung, schreibt die GLP. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Variante überzeuge, die Kosten für Aus- und Neubauten schienen gerechtfertigt. «Die Anforderungen an moderne und zukunftsgerichtete Mittelschulen werden so erfüllt und es werden Reserven für die Zukunft geschaffen.» Es scheine unumgänglich, dass eine

Rund **5900**
Personen besuchen derzeit
ein Aargauer Gymnasium.

Zu **112%**
sind die sechs
Aargauer Kantonsschulen
durchschnittlich
ausgelastet

lionen Franken fällig. In Lenzburg, wo die neue Schule im Baurecht erstellt werden soll, müssten pro Jahr 320 000 Franken an Zinsen berappt werden. Der Landabtausch in Aarau würde den Kanton 24,26 Millionen Franken kosten, hinzu kämen jährliche Baurechtszinsen in der Höhe von 112 000 Franken.

Kosten von insgesamt fast einer halben Milliarde Franken

Was die Neubauten kosten werden, ist noch unsicher. Der Kanton rechnet für jenen in Lenzburg mit einem Betrag über 135 Millionen Franken. Die Schule in Windisch soll ungefähr 155 Millionen Franken kosten. Für den Ausbau an der Alten Kanti Aarau sieht der Kanton derzeit 65 Millionen Franken vor, für jenen in Wohlen 120. Insgesamt 475 Millionen Franken soll die Entwicklung ungefähr kosten.

Er empfehle den Anhörungsteilnehmern, den Bericht auch wirklich zu lesen, sagte Bildungsdirektor Hürzeler abschliessend. Er hoffe auf möglichst klare Rückmeldungen, «nicht schon Antworten nach drei Tagen». Ab Montag können Eingaben gemacht werden.

Erweiterung des Angebots sowohl in Lenzburg als auch in Windisch erfolgen soll, schreibt die Mitte. Der gesamte Ausbau bedeute allerdings eine finanzielle Herausforderung für den Kanton. Man werde nicht drum herumkommen, die Kosten genau zu eruieren.

Freisinnige wollen keine Erhöhung der Maturquote

Für die FDP schreibt der Präsident der Bildungskommission im Grossen Rat, Titus Meier, er begrüsse die Lösung mit zwei Standorten: «Aus regionalpolitischer Sicht gibt es keine Verlierer.» Dass damit die letzten Regionalzentren im Aargau eine Kantonsschule erhalten, erhöhe die Standortattraktivität. Einer Erhöhung der gymnasialen Maturitätsquote stehe die FDP kritisch gegenüber und werde Bestrebungen dazu nicht unterstützen. «Es müssen nicht möglichst viele eine gymnasiale Maturität absolvieren, sondern die Richtigen», schreibt Titus Meier. Der Fachkräftemangel zeige, wie wichtig für die Wirtschaft der Berufsbildungsweg sei. «Politisch muss das duale Bildungssystem als Ganzes gestützt werden, die einzelnen Bildungswege sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.»

Sekretärin-Mörder fordert Internet

Vor Bundesgericht erhält der seit Jahren verwahrte Straftäter teilweise Recht.

Jocelyn Daloz

1989 betrat ein damals 20-jähriger an einem Samstagnachmittag das Büro seines ehemaligen Arbeitgebers, bei dem er die Lehre als Tiefbauzeichner absolviert hatte. Er wollte seinen Chef bestehlen, wie er es schon mal getan hatte. Als er zu seiner Überraschung die Chefsekretärin antraf, die gerade an der Schreibmaschine arbeitete, bedrohte er sie mit einer Schere und verlangte Geld.

Während eines einstündigen Kampfes verletzte er die Frau mehrmals und erstach sie schliesslich, als sie fliehen wollte. Danach strangulierte er die Sekretärin, obwohl diese schon tot war, verging sich an der Leiche, übergoss sie mit Spiritus und zündete sie an. Schon am Sonntagabend verhaftete die Polizei den wegen Nötigung und unzüchtigen Handlungen bereits aktenkundigen jungen Mann. Er legte wenig später ein Geständnis ab.

16 Jahre Zuchthaus, dann die Verwahrung

1991 verurteilte ihn das Bezirksgericht Brugg unter anderem wegen Mordes und Raub zu 16 Jahren Zuchthaus. Zusätzlich ordnete es eine ambulante Behandlung an. Im Jahr 2005 liess das Bezirksgericht den Täter verwahren, das Obergericht beschloss 2008 die Weiterführung der Verwahrung, die bis heute andauert.

Seine Unterbringung in Straf- und Justizvollzugsanstalten wurde mehrmals verändert. Im Jahr 2012 wollte der Mörder auf dem Rechtsweg eine Lockerung der Massnahmen erzielen – unter anderem verlangte er die Möglichkeit auf Urlaub. Der Fall gelangte 2016 ans Bundesgericht, das ihm eine Abfuhr erteilte. Die Richter in Lausanne schätzten den Mann nach wie vor als zu gefährlich ein, um selbst für begrenzte Zeit freigelassen zu werden.

2021 reichte der verurteilte Mörder ein Gesuch ein, mit dem er eine Veränderung der Bedingungen des Verwahrungsvollzugs bezweckte. Nach zwölf Tagen teilte ihm die Justizvollzugsanstalt mit, dass eine Aufnahme in einer Wohngruppe mit gelockerten Bedingungen beantragt worden sei. Dies heisst «Verwahrungsvollzug plus» und ist getrennt vom Strafvollzug. Sei-

ne Verlegung wurde angenommen und im Dezember 2021 abgeschlossen.

Dennoch hielt der Beschwerdeführer an seinem Gesuch fest und argumentierte, für ihn hätten sich die Bedingungen auch in der Wohngruppe zu wenig geändert. Nachdem diese vom Bezirksgericht abgewiesen worden war, wandte er sich an das Obergericht. Er forderte insbesondere, dass die Richter eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention feststellen, die bis zu seiner Verlegung in die Wohngruppe geherrscht hätte. Für ihn habe sich die Verwahrung zu wenig vom Strafvollzug unterschieden.

Er erwähnt beispielsweise, dass ihm der Besitz eines MP3-Players und der Zugang zum Internet verwehrt blieb. Allgemein seien Zellenöffnungszeiten und Hofbenutzung zu restriktiv, seine Besuchsrechte zu eingeschränkt. Zudem seien seine jetzigen Bedingungen zu verbessern, insbesondere müsste sein Therapieplan darauf angelegt werden, ihn hinsichtlich einer möglichen Freilassung zu resozialisieren. Der seit 1989 eingesperrte Mann hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, wieder auf freien Fuss zu kommen.

Für Lausanne sind die Massnahmen nun besser

Das Obergericht wies seine Beschwerde ab, er zog sie weiter ans Bundesgericht. Lausanne hiess die Beschwerde in einem Punkt gut: Die Vorinstanz habe sich zu Unrecht damit zufriedengegeben, dass der Mann nach seinem Gesuch sofort in einer anderen Anstalt mit lockereren Regeln untergebracht wurde. Daraus könne das Obergericht nicht schliessen, dass eine materielle Beurteilung der Zustände vor Gesuchseingabe nicht nötig war. Das würde sonst heissen, dass Justizvollzugsanstalten sich immer davor schützen könnten, Rechenschaft abzulegen, indem sie bei Klagen kurzerhand die Bedingungen anpassen.

Anders entschieden sich die Lausanner Richter bei der zweiten Forderung des Mannes: Die jetzigen Bedingungen seiner Verwahrung würden völlig ausreichen. Ausserdem habe eine forensische Untersuchung ergeben, dass die Rückfallgefahr des Mörders auch nach all diesen Jahren sehr hoch sei und kaum Aussicht auf Verbesserung bestehe.

Nachrichten

Velofahrerin verletzt sich nach Unfall

Kölliken Am Montag, 14. Juni, ist es gegen 21 Uhr zu einem Unfall mit einem Velo und einem VW Polo gekommen, wie die Kantonspolizei Aargau mitteilt. Aus noch ungeklärten Gründen kam es bei einer Kreuzung zur Kollision, wobei die Velofahrerin stürzte und sich verletzte. Die Polizei sucht Zeugen. (az)

Polizei verhaftet Mann nach Diebstour

Frick Aufgrund eines Hinweises eines Anwohners konnte die Kantonspolizei Aargau einen Dieb verhaften. Wie die Polizei schreibt, habe der 23-jährige Algerier mutmasslich Diebstähle aus unverschlossenen Fahrzeugen begangen. Der Mann hatte fremde Kreditkarten und Portemonnaies auf sich. (az)